

II-1239 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 674/J

1984-04-11

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, Dr. Stummvoll, Dr. Marga Hubinek,  
Dipl. Ing. Maria Elisabeth Möst, Dr. Maria Hosp  
und Genossen  
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend wirksame Maßnahmen zur möglichen Verhinderung von  
Schwangerschaftsabbrüchen

Vor 9 Jahren wurde in Österreich der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 3 Monate freigegeben. Die sozialistische Regierung hat damals eine Reihe flankierender Maßnahmen angekündigt, damit in Zukunft die Abtreibung möglichst vermieden werden kann. Weder die Regierung noch die jeweils zuständigen Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz haben wirksame Maßnahmen zur Vermeidung der Abtreibung gesetzt, noch die Erstellung einer anonymen Statistik über die Zahl und Ursachen der Schwangerschaftsabbrüche veranlaßt. Gezielte Hilfen für Schwangere in schwierigen Situationen müssen jedoch auf die Kenntnisse der konkreten Situation aufbauen.

Mit dem Belastungspaket 1984 hingegen wurde die Geburtenbeihilfe von S 19.000,- auf S 13.000,- gekürzt und als Maßnahme wieder stark zurückgenommen.

Prof. Rockenschaub - vor 10 Jahren ein maßgeblicher Mitstreiter der SPÖ für die Fristenlösung - erklärte kürzlich: "In Österreich kommt weiterhin auf eine Geburt eine Abtreibung; abstützende Begleitmaßnahmen sind unterblieben; Beratung findet offenbar nicht statt und die Abtreibung ist außerdem zu einem Geschäft geworden."

Die Aussage des Gesundheitsministers, daß jede Abtreibung für

ihn ein Zeichen sei, daß die Gesellschaft versagt hat, ist zwar bezeichnend, aber nicht zielführend, wenn die erforderlichen Maßnahmen unterbleiben und es weiterhin jährlich 90.000 Abtreibungen gibt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie der Auffassung, daß 90.000 Abtreibungen pro Jahr in Österreich ein erschreckendes Versagen unserer Gesellschaft darstellen ?
- 2) Sind Sie der Auffassung, daß zur wirksamen Verhinderung von Schwangerschaftsabbrüchen flankierende Maßnahmen dringend erforderlich sind?
- 3) Wenn ja, welche derartigen Maßnahmen wurden vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz bisher getroffen?
- 4) Sind Sie der Auffassung, daß statistisches Material über die Zahl und die Motive der Abtreibungen notwendig ist, damit gezielte Hilfe für Schwangere in schwierigen Situationen darauf aufbauen können?
- 5) Wenn ja, was werden Sie unternehmen, damit bei voller Wahrung der Anonymität solche Unterlagen endlich zur Verfügung stehen werden?
- 6) Sind Sie der Auffassung, daß es künftighin zu einer strikten Trennung zwischen dem beratenden und dem abtreibenden Arzt kommen muß, damit nicht der Abtreibungsarzt zum eigenen finanziellen Vorteil die Beratung vornehmen kann?
- 7) Wenn ja, wie soll diese Trennung erreicht werden?
- 8) Werden Sie sich in Ihrem Ministerium für die Schaffung eines Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not einsetzen?
- 9) Werden weitere Maßnahmen zur Vermeidung der Abtreibung von Ihnen geplant?
- 10) Wenn ja, welche?